

## Beirat in Angelegenheiten der Fürsorgeaktion für heimkehrende Krieger.

Gestern versammelten sich die Mitglieder des Beirates in Angelegenheiten der Fürsorgeaktion für heimkehrende Krieger im Ministerium des Innern zur ersten Sitzung.

Der Minister des Innern Dr. Freiherr v. Seibold eröffnete die Beratung mit einer Ansprache, in welcher er sagte:

„Die Aktion der Regierung ist auf eine Anregung des Herrn Ministerpräsidenten zurückzuführen. Sie geht von der Erwägung aus, daß es eine der wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete der Beseitigung der Kriegsschäden in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten sein wird, die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger, deren Arbeitskraft gelitten hat, dem Arbeitsleben wieder zuzuführen.

Die hier in Betracht kommenden Maßnahmen lassen sich im wesentlichen in drei Gruppen scheiden: 1. Spezialbehandlung zur möglichsten Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, auch Beistellung von entsprechenden Behelfen (Gliederersatzstücken); 2. Schulung der Kriegsbeschädigten in geeigneten Berufen; 3. Arbeitsvermittlung.

Ich kann mit dankbarer Anerkennung hervorheben, daß auf diesem Gebiete schon viel und wichtige Vorarbeit geleistet wurde. Vor allem gedenke ich der Kriegsverwaltung und der Organisation des Roten Kreuzes, die hier weit über den ihnen durch die unmittelbaren Gegenwartsbedürfnisse gezogenen Aufgabenbereich hinaus eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. Aber auch die private Initiative hat rüstig eingeschlagen, zahlreiche Körperschaften und Vereinigungen sind an der Arbeit, sammeln Gelder und sind nach Kräften bestrebt, sich in den Dienst der Sache zu stellen.

So erfreulich diese rege Tätigkeit ist, so bedeutsame Ergebnisse auch erzielt sind, so wenig kann man sich der Besorgnis verschließen, daß das unabhängige Nebeneinanderarbeiten nicht zielfördernd ist, daß es insbesondere dazu führen kann, daß einzelne Fürsorgegebiete überreich bedacht werden, andere, nicht minder wichtige dagegen leer ausgehen. Ein Hinleiten der zersplitterten Kräfte auf die Bahn planmäßigen Zusammen-

wirkens ist daher, um das Höchsterreichbare wirklich zu erreichen, unerlässlich. Dies ist einer der Zwecke der Aktion der Regierung, sie soll nicht als neue Aktion zu den vielen bestehenden hinzutreten, sondern bestrebt sein, diese zusammenzufassen, zu organisieren und dadurch zu fördern. Dabei schiere eine ländereweise Organisation eine größere Bürgschaft für die Heranziehung möglichst weiter Kreise der Bevölkerung zu bieten als eine streng zentrale Organisation. Aus diesem Grunde sind als Träger der staatlichen Aktion besondere „Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger“ gebildet worden, die sich bereits konstituiert und ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe ergibt sich für die Zivilstaatsverwaltung aus der Vorsorge für die Bereitstellung der erforderlichen Heilgelegenheiten. Hier wird insbesondere die Ausgestaltung des Heilstättenwesens im weitesten Sinne in Betracht kommen. Angesichts der auf diesem Gebiete herrschenden Unzulänglichkeit hat die Staatsverwaltung die Absicht, sich nicht auf die Befriedigung vorübergehender Bedürfnisse zu beschränken, sondern tünlichst Einrichtungen dauernden Charakters zu schaffen, die späterhin den Zwecken allgemeiner sozialer Fürsorge dienstbar gemacht werden können. Zur Durchführung dieses Planes ist die Aufwendung staatlicher Mittel in Aussicht genommen. Ich bin in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß mehrere Projekte zur Ausgestaltung bestehender und Errichtung neuer Heilstätten mit finanzieller Unterstützung des Staates bereits in Ausführung begriffen sind. So sind Erweiterungen der Lungenheilstätten in Hörgas bei Graz, in Grafenhof bei Schwarzach-St. Veit in Salzburg, in Gewitsch und Passel in Mähren durch Barackenbau, ferner größere Barackenanlagen auf dem Palmstschöb bei Brigen und Erweiterungsbauten des Genußstheims der Barmherzigen Brüder in Hütteldorf bereits in Angriff genommen.

Auf dem Gebiete der Ausbildung von Kriegsbeschädigten in Berufen, die sich mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand mit Aussicht auf Erfolg ergreifen können, sind bereits wichtige Einleitungen getroffen. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat in dankenswerter Weise die Mitwirkung der staatlichen Organisation des Gewerbebeschulwesens und des Gewerbebeförderungsdienstes zugesagt und entsprechende Verfügungen getroffen. Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide wird natürlich im engsten Anschlusse an die bereits bestehende Kriegsorganisation für Arbeitsvermittlung auszubauen sein. Ich kann darauf hinweisen, daß hierfür im Niederösterreich besondere Vorfragen getroffen wurden durch Niederlegung einer amtlichen Landesstelle und eines Kuratoriums und daß für die übrigen Länder zweckfördernde Einleitungen vorbereitet werden. Insbesondere erlaube ich mir die Aufmerksamkeit der Herren auf eine Angelegenheit zu lenken, mit der ich Sie in nächster Zeit befassen möchte. Sie betrifft die Kriegsblindensfürsorge. Von Seite der „Neuen Freien Presse“ ist mir das namhafte Ergebnis einer Sammlung für Kriegsblinde zur Verfügung gestellt worden. Demselben edlen Zwecke wurde auch eine reichliche, durch Erzherzogin Burian aufgebrauchte Spende gewidmet. Ueber die Verwendung dieser Beträge wird im Einvernehmen mit Vertretern der Spender in nächster Zeit Beschluß zu fassen sein.

Aus diesen gedrängten Darlegungen ist das weite Gebiet der staatlichen Aktion zugunsten der geschädigt aus dem Felde heimkehrenden Krieger zu überblicken. Die Arbeitstätigkeit der Landeskommissionen, die, wie schon erwähnt, die Träger der staatlichen Aktion sind, wird die Absichten der Regierung wesentlich fördern, und die Anregungen und Ratsschläge der in diesen Kommissionen wirkenden Fachleute und Patrioten werden maßgebenden Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung üben.

An die programmatischen Ausführungen des Ministers schloß sich eine längere Erörterung über eine Reihe grundsätzlicher Fragen.

Das Referat des Ministerialrates Raan über die Einzelheiten der schon verfügten Vorkehrungen betreffend die Heilstätten wurde ohne Einspruch zur Kenntnis genommen.

Ebenso einmütig stimmte der Beirat dem Referate des Ministerialrates Freiherrn v. Klimburg zu, das eine Darlegung des Schulungsplanes für geschädigte Krieger zum Gegenstande hatte.

Schließlich wurde als einstimmiger Wunsch des Beirates festgesetzt, daß behufs erfolgreicher Durchführung des Programms an dem schon eingeleiteten Zusammenwirken der militärischen und zivilen Behörden mit allen Mitteln festgehalten und daß von Seite der Behörden und der Landeskommissionen auf die möglichste Zusammenfassung der einzelnen Vereinigungen, die gleichen Zwecken zustreben, hingewirkt werde.